



Steigende Energie- und Treibstoffpreise: Was bedeutet das für Schweizer Haushalte?

Die Energie- und Treibstoffpreise legen weltweit deutlich zu, auch in der Schweiz. Konsumentinnen und Konsumenten zahlen im Vergleich zum Vorjahr rund 25 Prozent mehr. Nun werden vermehrt Forderungen nach Subventionen laut. Doch der Preiszuwachs kostet den durchschnittlichen Schweizer Haushalt je nach Entwicklung zwischen einem und vier Franken pro Tag. Dies rechtfertigt keinen ordnungspolitischen Sündenfall.

Alles wird derzeit teurer, besonders aber Energie und Treibstoff. Am offensichtlichsten zeigt sich das beim Tanken: Ein Liter Diesel kostet rund 40 Rappen mehr als noch Anfang Jahr. Innerhalb eines Jahres sind in der Schweiz die Energie- und Treibstoffpreise um etwa 25 Prozent gestiegen. Dies belastet die Haushalte, was wiederum die Politik auf den Plan ruft. Vermehrt wird gefordert, dass für Entlastung gesorgt werden müsse. An Ideen mangelt es nicht: Von der Senkung der Mineralölsteuer über Steuerabzüge werden rege Forderungen gestellt. Doch was bedeutet die Erhöhung der Energie- und Treibstoffkosten konkret für die Haushalte?

Vier Franken Mehrkosten pro Haushalt und Tag im Worst-case-Szenario

Die Rechnung ist schnell gemacht. Die Energie- und Treibstoffpreise sind gemäss Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) des Bundesamts für Statistik (BFS) von

Januar bis April 2022 um 7,1, respektive 17,4 Prozent gestiegen. Da niemand weiss, wie sie sich in den nächsten Monaten entwickeln werden, gehen wir von einem Worst-Case-Szenario aus. Nehmen wir an, die Energiepreise würden im selben Mass wie in der jüngeren Vergangenheit weiter ansteigen. Mit einer solchen linearen Entwicklung beträgt die Teuerung für Energie- und Treibstoff im laufenden Jahr 26,2 (Energie) und 67,4 (Treibstoff) Prozent.

Das klingt nach sehr viel. Doch was heisst das in Franken? Dazu nehmen wir die Daten der Haushaltsbudgetbefragung (HABE) des Bundesamts für Statistik zu Hilfe. Ein typischer Schweizer Haushalt gab zwischen 2015 und 2019 gemäss HABE durchschnittlich 122 Franken pro Monat für Energie am Hauptwohnsitz und 127 Franken für Treibstoffe aus. Aufs Jahr gerechnet ergibt das Kosten von 1464 Franken für Energie am Hauptwohnsitz und 1524 Franken für Treibstoff.

Steigen die Preise nun gemäss dem skizzierten Worst-case-Szenario, müsste ein durchschnittlicher Haushalt für das Jahr 2022 rund 700 Franken mehr bezahlen. Wenn die Preise 2023 sogar auf diesem hohen Niveau verharren, würden die Mehrkosten auf 1410 Franken steigen. Gehen wir nun davon aus, dass die aktuell hohen Preise anhalten, aber nicht mehr weiter steigen. Dann betragen die durchschnittlichen Mehrausgaben im Jahr 2022 etwa 310 Franken.

Kurzum: Falls die Preise auf dem heutigen Niveau bleiben, zahlen die Haushalte im Jahresdurchschnitt rund einen Franken mehr pro Tag. Falls sie aber bis Ende Jahr linear weiter in die Höhe klettern – was zurzeit eher unwahrscheinlich zu sein scheint –, fallen für einen durchschnittlichen Haushalt Mehrkosten von rund vier Franken pro Tag an.

Giesskannenprinzip: Subventionen greifen am falschen Ort

Es lässt sich also festhalten, dass die gestiegenen Energiepreise dem durchschnittlichen Schweizer Haushalt keine wesentlichen Probleme bereiten. Zwischen einem und vier Franken Mehrausgaben pro Tag sind zwar unschön, aber verkraftbar. Sie signalisieren die Knappheit der Energie. Es wäre daher schädlich, wenn die Politik in den Preismechanismus eingreift und die Preise künstlich verbilligt. Dies wäre nicht nur teuer für die Staatskasse, sondern würde auch falsche Anreize setzen. Oder soll der Staat den Porsche Cayenne-Fahrer oder den Hausbesitzer subventionieren, der bisher aus Kostengründen an einer Ölheizung festhält? Von einem Giesskannenprinzip profitierten die Falschen: Eine Erhöhung der Steuerabzüge auf Fahrtkosten kommt insbesondere Vielfahrerinnen und Vielfahrern mit höheren Einkommen zugute. Von der Reduktion der Mineralölsteuer profitiert der pensionierte SUV-Fahrer deutlich mehr als die Pflegefachfrau, die mit ihrem sparsamen Auto zur Nachtschicht fährt.

Klar sind die Energiepreise nicht die einzigen Preise, die derzeit steigen. Und leider ist auch klar, dass Haushalte mit einem kleinen Budget stärker unter der Inflation leiden, weil neben Energie auch Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs teurer werden. Die allgemeine Inflation macht sich denn auch in der Schweiz bemerkbar – doch zum Glück viel weniger laut als in den **Nachbarstaaten**. Sollten aber künftig aufgrund einer höheren Inflation arme Haushalte in Bedrängnis geraten, sind sozialpolitische Massnahmen direkt bei den Ärmsten anzusetzen. Die derzeit im Raum stehenden politischen Vorstösse aber sind keine Lösung. Das Giesskannenprinzip ist die falsche Antwort.